



DATEN & FAKTEN

WEG FREI FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA!

Neoliberalismus und
Nationalismus
führen aufs Abstellgleis.

Stand: April 2014

70 Jahre
Frieden ist ein
entscheidender
Fortschritt in
der EU.

Nach jahrhundertelangen bewaffneten Auseinandersetzungen und zwei Weltkriegen war 1951 der Erhalt des Friedens zentrales Motiv bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Indem man diese kriegswichtigen Rohstoffe einer übernationalen Organisation unterstellte, konnten die einzelnen Staaten nicht mehr gegeneinander aufrüsten. Seither werden die Konflikte zwischen den EU-Mitgliedstaaten nicht mehr mit Waffengewalt, sondern am Verhandlungstisch ausgetragen, ein bedeutender humanitärer Fortschritt innerhalb der Europäischen Union.

Dabei verläuft die Gestaltung der EU keineswegs spannungsfrei. Sie ist geprägt von Zielkonflikten zwischen

Zunehmend
unsoziale,
wirtschafts-
liberale
Ausrichtung
der EU-Politik

- Erweiterung und Vertiefung,
- Sozialstaat und Marktfreiheit,
- nationaler und überstaatlicher Kompetenz,
- Kooperation und Wettbewerb.

In den letzten Jahrzehnten bekam die EU-Politik eine starke Schlagseite in Richtung Wirtschaftsliberalismus und Sozialabbau. In Wirtschafts-, Geld- und Sozialpolitik wurde immer mehr „der Markt“ zum Maß aller Dinge.

UMDEUTUNG DER KRISE

Auch nachdem der zügellose Finanzkapitalismus fast zusammenbrach, hohe Summen öffentlicher Gelder zur „Bankenrettung“ eingesetzt werden mussten und die Wirtschaft vielerorts deutlich einbrach, wurde – trotz massiver Proteste und gegenteiliger Ankündigungen – der neoliberale, unsoziale Kurs fortgesetzt.

Statt die zentralen Krisenursachen – ungleiche Verteilung, wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Staaten und ungenügend regulierte Finanzmärkte – zu bekämpfen, erklärte man eine Krisenfolge, nämlich hohe Staatsschulden, zur Ursache. Und wichtige Auslöser wurden kaum beachtet; etwa dass die vor 2008 üppigen Kreditflüsse in die „Krisenstaaten“ abrupt versiegt, als europäische Banken in der Finanzkrise selbst unter Druck kamen. Die „Flutung“ dieser Staaten mit Krediten hat ihre – im Vergleich zu den Ausfuhren – hohen Importe über Jahre hinweg erst möglich gemacht. Danach aber trug die Schubumkehr der Kapitalströme erheblich zu ihrer Finanzierungskrise bei.

Die starken Handelsungleichgewichte wurden durch liberalisierte Finanzmärkte erst möglich.

Heute blickt man ängstlich auf „verunsicherte“ Märkte und will sie vor allem „beruhigen“, anstatt sie zu bändigen. Das ebnet den Weg zur Verschärfung des sozialstaatsfeindlichen, wirtschaftsliberalen Kurses.

KRISENBEKÄMPFUNG MIT NEOLIBERALEM KOMPASS

„Rettungsschirme“ und Druck auf öffentliche Haushalte

Um die Zahlungsunfähigkeit von Staaten abzuwenden, gewährten andere EU-Staaten und Institutionen ihnen Kredite und Garantien. Im Oktober 2012 wurde der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) installiert. Um unterstützt zu werden, müssen die „Krisenstaaten“ Maßnahmen umsetzen, die von einer von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds entsandten Experten/-innen-Gruppe – der sogenannten „Troika“ – empfohlen wurden: vor allem Kürzungen öffentlicher Ausgaben und Abbau sozialer Rechte. Wegen Demokratiedefiziten und Eingriffen in Grund- und Menschenrechte wird die Kritik an den Troika-Programmen immer lauter.

Krisenstaaten werden zu Sozialabbau gezwungen

Auch in den anderen EU-Staaten werden starre Grenzen bezüglich der öffentlichen Defizite und Schulden vorgeschrieben. Dabei werden Überwachung und Sanktionen verschärft.

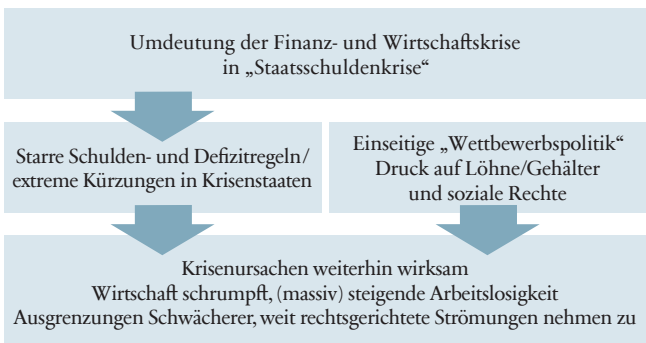
Wirtschaftspolitische Koordinierung

Ziel ist die Abgleichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Höchste Priorität hat dabei die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Zuge dessen werden die Staaten jedoch bei Löhnen und sozialen Rechten in einen Unterbietungswettlauf gedrängt. Besonders umstritten sind die geplanten „Wettbewerbspakte“. Die Staaten sollen sich vertraglich zu „Reformen“ verpflichten, die Pensionsalter, Arbeitsrechte, Bezahlung, etc. betreffen können.

„Troika für alle“ mit den geplanten Wettbewerbspakten?

Finanzsektor: Regulierung und Aufsicht

Es wurden komplexe Regulierungen erlassen. Im Rahmen der Bankenunion wird die Aufsicht über wichtige Banken bei der EZB gebündelt und es werden neue Regeln zur Bankenabwicklung incl. eines von Banken finanzierten Abwicklungsfonds installiert. Das Ziel dabei ist, dass zuallererst Eigentümer und Gläubiger der Banken für die Schäden aufkommen müssen.



DERZEIT AUF DEM FALSCHEN GLEIS

Trotz der Bemühungen zur besseren Regulierung des Finanzsektors herrscht auch 2014 noch Unsicherheit über „systemrelevante“ Banken und die Finanzstabilität insgesamt. Vielerorts bleibt die Finanzmarktregulierung zu zaghaft und lückenhaft. Noch immer folgt die Regulierung den Entwicklungen am Markt, anstatt dass ein konkreter Rahmen vorgegeben wird. Wichtige Bestimmungen sind erst in einigen Jahren umzusetzen.

Banken weiterhin „system-relevant“

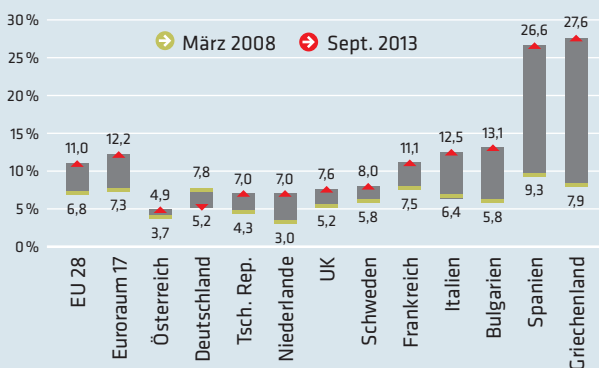
Die drastische Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen hat sich in der Krise verfestigt und vielerorts verschärft. 2010 besaßen im Euroraum die fünf reichsten Prozent der Bevölkerung 37 Prozent des Privatvermögens, die 40 Prozent am vermögensarmen Ende der Reichtumsskala teilten sich gemeinsam drei Prozent.

Verteilung wird immer ungleicher

Die Krise brachte hohe Arbeitslosigkeit, vor allem in den „Krisenstaaten“. Besonders dramatisch ist die Lage der Jugendlichen. Noch nie waren 5,5 Millionen junge Menschen arbeitslos. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Staaten spiegelt auch deren Auseinandertriften wider.

Arbeitslosigkeit steigt massiv – Negativrekord auch in Österreich!

ARBEITSLOSENQUOTE IN PROZENT: AUSGEWÄHLTE EU-STAATEN VOR UND NACH DER KRISE



Quelle: Europäische Kommission

SOLIDARITÄT STATT

MENSCHENFEINDLICHKEIT

Solidarität
bedeutet
gegenseitige
Hilfe und
gemeinsamen
Einsatz für ein
soziales
Europa!

Parallel zur Wirtschaftskrise wurde auch der Umgangston rauer. Diskussionen über die Krise schwenkten in vorurteilsbeladene Tiraden über „die Griechen“ um. Und ethnischen Minderheiten wird zunehmend mit Ablehnung begegnet. Frust und Aggression entladen sich an den Schwächsten der Gesellschaft.

Die Arbeitnehmer/-innen der einzelnen EU-Staaten dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Denn Eingriffe in soziale Rechte und in gewerkschaftlich mitbestimmte Lohnfindung in einem Staat erhöhen den Druck auch in anderen Ländern. Gerade deshalb braucht es eine Stärkung der Solidarität in Europa.



DIE AK OÖ FORDERT EINE

SOLIDARISCHE EU-POLITIK:

- ▶ **Wirtschaftspolitische Kooperation** statt ruinösen Wettbewerbs zwischen den Staaten
- ▶ **Aktive, stabilisierende Rolle der Europäischen Zentralbank** statt Auslieferung von Staaten an instabile Finanzmärkte
- ▶ **faire Einkommens- und Vermögensverteilung** statt tiefer gesellschaftlicher Kluft
- ▶ **solide öffentliche Haushalte durch faire Steuerpolitik und stabile Wirtschaftsentwicklung** (Finanztransaktionssteuer, Vermögenssteuern, Bekämpfung der Steuerumgehung etc.) statt Kürzung von Sozialausgaben
- ▶ **Stärkung der Nachfrage durch faire Löhne/Gehälter und sozialökologische Zukunftsinvestitionen** statt einseitiger Bevorzugung der Unternehmensinteressen
- ▶ **Programm gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit** statt fehlender Perspektiven
- ▶ **Verankerung von hohen sozialen, ökologischen und arbeitsrechtlichen Mindeststandards** statt sozialen Rückschritts
- ▶ **Vorrang sozialer Grundrechte** vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten
- ▶ **effektive Finanzmarktregulierung** statt überkomplexer und lückenhafter Regelwerke
- ▶ **Ausbau von Demokratie auf EU-Ebene** statt einseitigen, intransparenten Lobbyismus
- ▶ **Fairer internationaler Handel** statt unsozialer, undemokratischer Handelsabkommen

Wir wollen ein soziales, solidarisches und
demokratisches Europa, das nationalistischen
Tendenzen eine klare Abfuhr erteilt.
Für dieses Europa lohnt es sich zu kämpfen.



Dr. Johann Kalliauer
AK-PRÄSIDENT

**„Ziele müssen gute Arbeit
und eine faire Verteilung von
Einkommen und Vermögen sein.
Dies liegt im Interesse aller
Arbeitnehmer/-innen Europas.“**

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Redaktion:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz.
Hersteller: GET printed, 4020 Linz
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
siehe <http://ooe.arbeiterkammer.at/impressum.html>

P.b.b. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020, AK-Informationsblatt der
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Nr. 53/2014, GZ 02Z033937 M,
VORTEILSTARIE, DVR 0077747, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien